

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Paull, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Emdau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechnummern: 6266, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6265. — Postzustellungsnummer 2. Nachtrag. Seite 110. — Bezugspreis: Vom 1. bis 14. Februar 1.00 Mark, Abholer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile drückt 20 Pfennig auswärts 3) Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Verlagskataloge 30 Pfennig, die dreispaltige 60 Millimeter breite Reklamazeile drückt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorchriften keine Gewähr. — Postkontonummer Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 36.

Magdeburg, Donnerstag den 12. Februar 1925.

36. Jahrgang.

Ministerpräsident Marx.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Preussische Landtag hat am Dienstag den ehemaligen Reichskanzler Marx zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Die Wahl bedeutet keine Überraschung. Sie ist ein Willensausdruck der Koalitionsparteien, den Weg der bisherigen Politik vorläufig unter anderer Führung fortzusetzen. Marx vermag dafür persönlich die erforderliche Garantie zu bieten und konnte unter dieser Voraussetzung auch die

Stimmen der Sozialdemokratie

auf sich vereinigen. Er mußte im Reiche von der politischen Führung zurücktreten, weil er die Bildung einer Regierung mit den Deutschnationalen und gegen die Sozialdemokratie ablehnte. In Preußen kann er jetzt wieder als wichtiger politischer Faktor mit dem alten Programm bzw. dem alten Willen auf der politischen Bühne erscheinen. Nur dann wird er in der Lage sein, sich auch für das zum Amtsantritt erforderliche Vertrauensvotum die Stimmen der Sozialdemokratie zu sichern.

Die jetzt von der Mehrheit des Preussischen Landtags betriebene Politik kann überhaupt nur den Sinn haben, zunächst die Interessen der Republik zu wahren und die verlorene Position im Reiche möglichst schnell zurückzuerobern, um die dort bestehenden unglücklichen politischen Verhältnisse mit einer starken parlamentarischen Mehrheit bald wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet wird die neue preussische Regierung ein ausgesprochenes

Kampfkabinetten gegen die Reaktion

sein müssen. Der Verlauf der letzten interfraktionellen Besprechungen in Preußen hat ergeben, daß maßgebende Zentrumsführer diese Auffassung teilen und auch bereit sind, der Sozialdemokratie in diesem Sinne bestimmte Zusicherungen zu geben. Aber diese Zusicherungen, die sich u. a. auch auf Personalfragen beziehen, reichen allein nicht aus, wenn das Zentrum Persönlichkeiten wie den früheren Reichsernährungsminister Hermes in das Kabinetten delegieren will, während die Sozialdemokratie sich nur mit dem Januuministerium zufrieden geben soll. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß die zahlenmäßige Beteiligung einer Partei an dem preussischen Kabinetten unter gewissen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Lage nicht ausschlaggebend sein kann. Diese Voraussetzungen schienen uns am Dienstag gegeben. Wir müssen sie aber vorläufig als überholt und nicht erfüllt betrachten, wenn das Zentrum in personeller Hinsicht auf vier Ministerien besteht und dazu noch das Landwirtschaftsministerium mit einem Manne besetzen will, der für uns in politischer Hinsicht gerade nicht mehr als Minister geeignet erscheint. Diese Absicht schafft für uns im Vergleich zum Dienstag eine neue Lage und erfordert eine

Stärkere Beteiligung der Sozialdemokratie

an der Regierung Marx, als sie anfänglich geplant war. Es hat den Anschein, daß sich die Zentrumsfraktion diesem Verlangen unserer Landtagsfraktion nicht verschließen will. Erweist sich aber das Gegenteil als Wahrheit, dann dürfte Preußen zwar im Augenblick einen neuen Ministerpräsidenten ohne Vollmachten, in den nächsten 48 Stunden aber noch keine Regierung besitzen.

Die Sozialdemokratie ist bereit, zur Verteidigung der Republik die größten Opfer zu bringen. Aber auch das Zentrum sollte wissen, daß man von einer großen Fraktion, hinter der Millionen von Wählern stehen, nicht mehr verlangen darf, als sie ertragen kann.

Für den Fall, daß dem neuen Ministerpräsidenten Marx

die Bildung der Regierung gelingt,

dürften die Demokraten den Abg. Dr. Schreiber als Handelsminister und ihr Fraktionsmitglied Hoepfer-Nichoff als Finanzminister in die neue Regierung delegieren. Das Kultusministerium soll der jetzige Staatssekretär Dr. Weder übernehmen. Vom Zentrum werden die bisherigen Minister im Amte bleiben. Der Versuch, Hermes zum Landwirtschaftsminister zu ernennen, dürfte auf große Schwierigkeiten stoßen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat ihren Unterhändlern nach einer ausführlichen Debatte über die Absichten von Marx den Auftrag erteilt, neben Severing im Innenministerium noch einen weiteren sozialdemokratischen Minister zu fordern. Falls das unmöglich erscheint, soll die Fraktion erneut Stellung nehmen.

Die Wahlprüfung.

Das Preußen-Parlament war am Dienstag stark besetzt, aber es gab keine Sensationen. Von vornherein stand mit ziemlicher Sicherheit fest, daß der frühere Reichskanzler Marx Ministerpräsident wird und Bartels, der bisher nur provisorisch gewählt war, Landtagspräsident bleibt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm sich Abg. Kuttner den Kommunisten Paul Hoffmann vor und stellte aufmerksam fest, daß dessen Ehefrau vom Amtsgericht Berlin-Mitte tatsächlich zu einer Geldstrafe von 60 Goldmark verurteilt worden ist, weil im Restaurant Hoffmann ein noch schulpflichtiges Mädchen nachts bis 12 Uhr, ja mitunter bis 3 und 4 Uhr beschäftigt, körperlich ausgenutzt, gesundheitlich geschädigt und auch sittlich gefährdet wurde. Als Kuttner diese Feststellungen machte, wollten die Kommunisten ihn abermals niederbrüllen, allein die Feststellung Kuttners war so stark, daß den kommunistischen Verleumdern die Zwischenrufe in der Reihe jenseits blieben.

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten kommt es zur Stichwahl. Im ersten Wahlgang, in welchem die absolute Mehrheit 222 Stimmen beträgt, erhält Marx 219 Stimmen (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten), Dr. von Richter (Dt. Sp.) 153 (die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei), Ried (Kommunist) 43, Ladenborff (Wirtschaftspartei) 16, Koerner (Nationalsozialist) 11, Dr. v. Campe (Dt. Sp.) 1 Stimme. Bei der Stichwahl bleiben von 445 Stimmgeldern 17 unbeschrieben; das waren die Stimmen der Wirtschaftspartei. 43 Stimmgeldern — die kommunistischen — waren ungültig. Dr. v. Richter erhielt 162 und Marx 223 Stimmen.

Auch bei der Wahl des Landtagspräsidenten wird Stichwahl nötig. Im ersten Wahlgang erhält Bartels 216 Stimmen, Dr. v. Kries (Dt.-natl.) 179 und Ried (Kommunist) 43. Die Stichwahl bringt für Bartels 215 und für Kries 162 Stimmen.

Bartels ist damit gewählt; er nimmt die Wahl an und führt die Sitzung zu Ende. Durch Zuruf wurden Dr. v. Kries (Dt.-natl.) zum 1. Dr. Forst (Zentrum) zum 2. und Carnich (Dt. Sp.) zum 3. Vizepräsidenten gewählt.

Das Haus verläßt sich hierauf auf Mittwoch den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung steht unter anderem Gegenständen auch die Verlesung der Regierungserklärung.

Schwarzweißrote Opposition.

Der neue preussische Ministerpräsident Marx findet in der Reichspresse kaum eine bessere Aufnahme wie sie dem Sozialdemokraten Otto Braun bei der inzwischen erledigten Wiederwahl zuteil geworden ist. Man darf fast von einer Ablehnung der Unternehmung auf der ganzen Linie sprechen. Diese Ablehnung betreiben besonders die deutschnationalen Blätter, die die Wirtschaftspartei ermahnen, das „katholische Ministerium“ um Gottes willen nicht zu unterstützen.

Wie die „Germania“ feststellt, wird sich Marx trotz der ihm im voraus zuteil werdenden Angriffe mit allen Parteien in Verbindung setzen, ausgenommen die Kommunisten und die Volkischen. Er wird die Wahl erst annehmen, wenn er die Verhandlungen mit den Parteien abgeschlossen hat.

Großtuerisch ist in der Frage der preussischen Regierungsbildung besonders die volksparteiliche „Zeit“. Sie sagt, es werde voraussichtlich mit der Spekulation des Herrn Marx auf die Spaltung der Wirtschaftspartei nichts sein. Noch weniger werde man erreichen, wenn man versuchen sollte, einen Einfluß auf die Deutsche Volkspartei zu gewinnen. Die „Germania“ deutet in sehr vorsichtiger Wendung an, daß das Zentrum in der Lage wäre, im Reichstag die Regierung zu präferieren, wenn der preussische Landtag nicht parieren wolle. Derartige Einschüchterungsversuche würden jedoch gänzlich ohne Wirkung bleiben. Die Landtagsfraktion der Volkspartei habe bereits dem letztgewählten Ministerpräsidenten Otto Braun die Frage verneint, ob sie gegebenenfalls bereit sei, ein Kabinetten der Weimarer Koalition unter anderer Führung als der des Ministerpräsidenten Braun zu unterstützen. Bisher habe sich die Haltung der Volkspartei im Landtag in keiner Weise geändert.

Tatsache ist, daß Stresemann bereits nach der Wahl Brauns versucht hat, die Fraktion in Preußen zur Neutralität gegenüber der Regierung Braun zu veranlassen. Die Volksparteiler in Preußen hatten sich aber so verrannt, daß sie sich die Möglichkeit, auf irgendeine Art anzuzufallen, selbst ausgeschlossen hatten.

Steuerunrecht der Rechtsregierung.

Der Steuerauspruch des Reichstags trat am Dienstag vormittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Staatssekretär Popitz gab eine Uebersicht über die steuerpolitischen Absichten der Reichsregierung. Auch derjenige, der von einer Rechtsregierung eine Fortführung der bisherigen unsozialen Finanzpolitik erwartet hatte, wurde überrascht. Die Rede des Staatssekretärs war ein einziges Plädoyer für die Milderung der Steuerlasten des Volkes, insbesondere der großen Konzerne und der Agrarier. Er lehnte ferner eine allgemeine Herabsetzung der Lohnsteuer rundweg ab und teilte mit, daß die Reichsregierung keine Senkung der Umsatzsteuer vorschläge. Es war deshalb durchaus zu begreifen, daß die Deutschnationalen von dem Inhalt der Rede entzückt waren und ein Redner von ihnen sie als einen „sehr erfreulichen Ausblick“ bezeichnete.

Im einzelnen führte Staatssekretär Popitz aus:

Die Steuerentwürfe liegen jetzt dem Reichsrat vor. Es fehlt nur noch der Entwurf über den Finanzausgleich. Schnellste Beratung der Vorlagen ist notwendig, schon wegen des Zusammenhangs mit den Ausgaben, die durch die zahlreichen Anträge der Parteien verlangt werden und wegen der Aufwertungsfrage. Besonders die Aufwertungsfrage kann nicht losgelöst von der Gestaltung der Einnahmen behandelt werden.

Die Reichsregierung legt folgende Gesetzesentwürfe vor: 1. Steuerüberleitungsgesetz, 2. Einkommensteuergesetz, 3. Körperschaftsteuergesetz, 4. Vermögens- und Erbschaftsteuergesetz, 5. Reichsbewertungsgesetz, 6. Verkehrssteuergesetz und 7. Gesetz über die Besteuerungsrechte von Reich, Ländern und Gemeinden.

Die grundsätzliche Betrachtung dieser Entwürfe mußte ausgehen von der Erwägung, daß die Rückkehr zu den Frieheitzuerlächen unmöglich sei. Die Aufgabe der jetzigen Steuerreform sei aber auch nicht die Erhöhung der Steuerlast. Nach Möglichkeit müsse man die

Berechtigten Wünsche der Wirtschaft erfüllen.

Das gelte insbesondere von der Wiederherstellung des Rechtsschutzes und der Rechtssicherheit auf steuerlichem Gebiet. Die Inflation habe diese Grundfeste gemindert, der Rechtsweg ist in weitem Umfang ausgeschaltet worden. Jetzt könne man ohne Gefahren den Rechtsschutz gemäß den Bestimmungen der Reichsabgabenordnung wieder einführen. Die Verzugszuschläge und Zinsen seien herabgesetzt worden. Künftig müßten auch die Delegationen für die Reichsfinanzverwaltung eingeschränkt werden, da es möglich sei, alle Rechtsvorschriften in den Steuerjahren unterzubringen.

Die Vereinfachung der

einheitlichen Reichssteuerverwaltung

erklärt Popitz nicht für denkbar. Deutschland sei ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit einheitlichen Steuergesetzen, daher sei eine einheitliche Verwaltung notwendig, die von einer Stelle aus — Reichsfinanzministerium — geleitet werden müsse. Bei der Frage der Stundung oder des Erlasses von Steuern sei das besonders deutlich zu sehen. Wenn hier jedes Land selbständig vorgehe, so werde der damit geschaffene Zustand unerträglich. Man sei jedoch bereit, die Behörden der Länder und Gemeinden stärker als bisher an der Veranlagung zu beteiligen. Im Reichsbewertungsgesetz sei vorgesehen, daß Bewertungsausschüsse, in denen Vertreter des Reiches, der Länder und Gemeinden zusammenwirken, eingesetzt werden. Für die Steuergesetze gelte der

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit.

Nhm diene in erster Linie das Reichsbewertungsgesetz. Die Vermögenswerte sollen künftig einheitlich festgestellt werden und zwingend sein für Reich, Länder und Gemeinden. Es ist ferner an die Vereinfachung der schnell aufeinander folgenden Steuerzahlungen gedacht. Bei der Einkommensteuer sollen die monatlichen durch vierteljährliche Zahlungen ersetzt werden. Die Zahlungen der Landwirtschaft sollen nur dreimal im Jahre, und zwar am 15. Februar, 15. Mai und 15. November stattfinden. Auch die Bemessung der Steuerlast müsse nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Man sei mit der Wirtschaft darin einverstanden, daß die Besteuerung nach äußeren Merkmalen (Vermögen, Umsatz), wie sie jetzt bestehe, aufhören müsse und daß so bald als möglich zur Besteuerung nach dem wirtschaftlichen Ertrag zurückzukehren sei.

Wir haben bisher viel zu hohe Steuerlasten

gehabt. Vorwürfe darüber sind aber nicht berechtigt, denn in der ganzen Welt sah man in der Erhöhung der Steuerlast eine Möglichkeit der Steigerung des Steuerertrags. Ueberall habe man das als Fehlschlag erkannt und mit dem Sinken der Steuermoral bezahlen müssen. Als Höchstmaß bei der Einkommensteuer sei eine tatsächliche Belastung von 33% Prozent geplant. Die Entlastung der mittleren und unteren Gruppen sei zwar erwünscht, aber nicht möglich. Man müsse auch bei der Einkommensteuer an der unteren Grenze von 10 Prozent festhalten. Eine tatsächliche Belastung von 15 Prozent würde bei 24 000, von 20 Prozent bei 48 000, von 25 Prozent bei 100 000 und von 33% Prozent bei 600 000 Mark erreicht werden. Der geringe Satz von 0,5 Proz. bei der Vermögenssteuer solle nicht weiter ermäßigt werden.

Bei der besonderen Lage Deutschlands, insbesondere in Anbetracht der Notwendigkeit der Kapitalbildung, sei eine Schöpfung des Kapitalvermögens geboten.

Die Entwürfe der Reichsregierung sehen deshalb vor: 1. daß die Progression bei der Vermögenssteuer, die bis auf 0,75 Prozent anstieg, wegfällt, 2. die bestehende Vermögenssteuer soll in nächster Zeit nicht erhoben werden, 3. auch die Vorbelastung des Kapitalertrags mit 10 Prozent soll nicht erhoben werden, 4. für die Kapitalverkehrssteuern, insbesondere die Gesellschaftsteuer, sind niedrigere Sätze beabsichtigt, 5. auch bei der Besteuerung der Schachtelgesellschaften soll ein gewisses Entgegenkommen begehrt werden.

Als das Gegenstück zu diesen weitgehenden Erleichterungen für den Besitz bezeichnet der Staatssekretär die „etwas stärkere“ Gestaltung der Erbschaftsteuer. Die Besteuerung des Erbvermögens soll bis zu 15 Prozent gehen, die Befreiung der Ehegatten (Fall Stimmes) nur insoweit eingeschränkt werden, als die Ehen kinderlos sind. Für die Wirtschaft werde es weiter außerordentlich bedeutend sein, daß Steuererleichterungen für auswandernde Deutsche vorgehen sind. Ferner werde die Reichsregierung vorschlagen, daß Betriebe der öffentlichen Hand derselben Besteuerung unterliegen wie Privatunternehmungen.

Das Reich werde also die Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer erheben, die Länder sollen verpflichtet werden, ihre Grund- und Gewerbesteuer auf diese Unternehmungen auszuweiten. Die Steuerfreiheit bei der Umsatzsteuer für Lieferungen der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerke müsse ebenfalls befristet werden. Im Reichsrat werde sicherlich diese Wästel erheblichen Widerstand hervorzurufen. Die Reichsregierung aber sei der Meinung, wer sich am Erwerbseben beteiligt, müsse auch dessen Lasten tragen.

Der steuerfreie Lohnbetrag bei der Einkommensteuer sei von 50 auf 60 Mark monatlich heraufgesetzt worden. Dem Reichstag vorliegende Anträge wollen eine weitere Herabsetzung. Der sozialdemokratische Antrag, die Freigrenze auf 100 Mark monatlich zu erhöhen, verurteile einen Ausfall von 600 Millionen Mark. (Vgl. Keil: Also weniger als die Liebesgaben an die Ruhrindustriellen!) Bei der Finanzlage des Reiches sei eine Herabsetzung des lohnsteuerfreien Einkommens nicht möglich.

Eine Erhöhung der Verbrauchssteuern sei nur bei dem vermeidbaren Verbrauch beabsichtigt. Auch die Luxussteuer müsse beibehalten werden. Ihre Aufhebung sei bedenklich, da ihr Ertrag von 150 Millionen Mark nicht entbehrt werden könnte. Eine Ermäßigung der Umsatzsteuer sei nicht beabsichtigt.

Als weitere wichtige Aenderung teilt der Staatssekretär mit, daß die Veranlagung zur Einkommensteuer künftig in zwei Perioden erfolgen solle.

Den Darlegungen des Staatssekretärs folgte eine Debatte. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Abg. Keil, daß die Steuerpläne der Regierung für die Volkswirtschaft, deren Zentrum die Sozialdemokratie in erster Linie vertritt, keine erfreuliche Aussicht bieten. Darüber werde aber noch ausführlicher zu reden sein. Die Frage Keils, ob die Regierung für die Zwecke der Aufwertung alle Sondersteuern von den Schichten, die ihr Vermögen in der Zeit der Geldverwertung zu erhalten oder zu vergrößern vermögen, zu erheben plane, beantwortete der Staatssekretär dahin, daß das nicht die Absicht der Regierung sei.

Von dem Abg. Kuhlmann wurde der Regierung nahegelegt, die am 15. Februar fällige Vermögenssteuererlässe nicht zu erheben. Der Staatssekretär Kopp gab darauf dem Anschein anheim, sich mit der Einbringung bis 15. Mai auf dem Vermordungswege einverstanden zu erklären. Das Ziel dieser Einbringung sollte sein, im Jahre 1924 nur zwei Viertel statt vier Viertel der Vermögenssteuer zu erheben und den Rest zu verschleppen bis nach der Neuveranlagung. Auf den entschiedenen Protest des Abg. Keil wurden diese Anregungen nicht weiter verfolgt, sondern die Einbringung eines Finanzgesetzes, das denselben Zweck verfolgt, von den Regierungsparteien ins Auge gefaßt.

Die Pläne der Reichsregierung sind also: Herabsetzung der Einkommensteuer, Herabsetzung der Vermögenssteuer, Milderung der Kapitalverkehrssteuer, Aussetzung der Vermögenszuwachssteuer und der Kapitalertragssteuer.

Keine Ermäßigung der Lohnsteuer, keine Ermäßigung der Umsatzsteuer, dafür aber Erhöhung von Verbrauchssteuern aus dem „vermeidbaren Verbrauch“. Das ist das Steuerprogramm der Reichsregierung, für deren Erfolg die kommunistische Reichstagsfraktion die Verantwortung trägt.

Strefemann und der Sprit-Weber.

Der „Vorwärts“ schreibt: Als im preussischen Untersuchungsausschuß zum erstenmal zur Sprache gebracht wurde, daß der jetzt verhaftete Sprit-Weber vor Jahresfrist mit einer warmen Empfehlung Dr. Strefemanns rennomierte, da ließ der jetzige Außenminister durch seinen Freund Pinkerneil im Ausschuß erklären, daß die Abschrift eines solchen Schreibens sich bei seinen Akten nicht befinde. Also kein Dementi, sondern der sehr vorsichtige Versuch eines Dementis unter Vorbehalt. Kategorischer war das Sprachrohr Strefemanns

Die findige Reichspost.



Dem Gustav auf seinem Postament, Dem nicht es arge Beschwerte, Daß nicht der Minister der Post am End' Noch Postarrestante werde!

gegenüber der weiteren Behauptung Seilmanns, daß Weber durch Strefemann in den Volksparteilichen Klub eingeführt worden war. Hier wurde die Schuld auf Frau v. Dheim abgewälzt, die man bei dieser Gelegenheit gewissermaßen als außerhalb der Volkspartei stehend hingewiesen hatte. Aber diese Ablehnung erwies sich als unwahr: Nicht nur das „Berliner Tageblatt“ stellte fest, daß Strefemann ebenfalls als Webers Pate bei der Einführung in den Klub amtiert hatte, sondern auch Frau v. Dheim setzte sich gegen den Vertuschungsversuch Pinkerneils zur Wehr und bestätigte die Angaben des „Berliner Tageblattes“.

Jetzt mußte die „Zeit“ die Sache zugeben, ebenso die geldlichen Zwendungen für den Klub der Deutschen Volkspartei und für deren Organ, fügte jedoch hinzu:

Es kommt doch schließlich darauf an, ob die betreffende Person in dem herangezogenen Zeitpunkt notorisch belastet war. Herrn Webers Integrität war jedenfalls zur Zeit seines Eintritts in den Reichsklub nicht in Frage gestellt. Was er hinterher getan hat, dafür kann schließlich die Volkspartei nichts.

Jetzt stellt sich aber heraus, daß auch diese Ausflüchte auf einer ganz falschen Voraussetzung beruhen. Weber war zur Zeit seiner Freundschaft mit Strefemann, seiner Mitgliedschaft bei der Volkspartei und seiner Zwendungen an die „Zeit“ nicht nur notorisch belastet, sondern sogar wegen Spritschiebungen mehrfach in Verührung mit den Gerichten gekommen. Darüber erhalten wir von zwei ganz verschiedenen Seiten übereinstimmende Angaben.

In der einen Aufschrift heißt es:

Weber hat schon 1918/19 und 1920/21 wegen Brandtweinziehungen mit den Gerichten zu tun gehabt. Bei den Amtsgerichten Offenburg (Baden) und Schwäbisch-Hall schwebten Prozesse, in die Weber verwickelt war. In Offenburg ist er gleich im ersten Verfahren zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In der „Deutschen Volkspartei-Zeitung“ ist Ende 1920 ein Artikel veröffentlicht worden, der deutlich auf den Schiebungsvorgang Webers hinweist.

Die „Zeit“ hatte mit ungewöhnlicher Dreistigkeit in ihrem Rechtfertigungsversuch hinzugefügt:

Ganz anders liegt dagegen die Sache in der Angelegenheit Barmat-S. P. D. Ein Parallelfall ist hier niemals konstruierbar.

Ganz unsere Meinung: Im Fall Barmat lagen vor der Verhaftung lediglich unbewiesene und zurückgenommene Verdächtigungen vor, dagegen die besten Empfehlungen nicht nur aus führenden holländischen Parteitagen, sondern auch in geschäftlicher Hinsicht. Und es ist heute noch nicht möglich, von amtlicher Seite positiv zu erfahren, wessen die Barmats beschuldigt sind.

Von Weber dagegen hätten Strefemann und seine volksparteilichen Freunde mit Leichtigkeit erfahren können, daß er in führenden Kreisen seiner Branche als unjauber galt, und daß sich die größten Firmen weigerten, mit ihm in geschäftliche Verührung zu treten. Es ist ihm jetzt nachgewiesen, daß er Zollhinterziehungen, Bestechungen und Schiebungen in ganz großem Maßstabe begangen hat. Außerdem ist er des Betrugs, der Urkundenfälschung, der vorsätzlichen Brandstiftung und des Versicherungswindels dringend verdächtig.

In der Tat: der Fall Weber-Volkspartei liegt ganz anders! —

Die Zeugensfabrikanten schweigen.

Die Enthüllungen über den deutschnationalen Vertrauensmann Sidor Kreil aus Kallmünz und seine Zeugenschaft gegen den Reichspräsidenten sind der sonst in „Enthüllungen“ starken Rechtspresse dermaßen peinlich, daß sie vor Schreck die Sprache verloren hat. Fast ohne Ausnahme schweigt sie wie das Grab!

Mit bloßem Ableugnen ist es hier nicht getan. Und da den Blättern des Schwerindustriellen Hugenberg sowohl wie den Organen der Volkspartei irgendeine Instruktion „von zuständiger Stelle“ fehlt, so sind sie völlig ratlos und verlegen sich auf die Wangentaktik.

Aber dieses Manöver wird ihnen nicht viel helfen. Die Tatsache, daß die „Hüter der nationalen Ehre“ jetzt schon zum drittenmal dabei ertappt wurden, wie sie übelste Subjekte zum Zeugeneid gegen den Repräsentanten der Republik zu kapern suchen, wird nicht unterdrückt werden können. Und die „Moral“ der nationalen Großhüter wird noch mehr als einmal unter die kritische Lupe genommen werden.

Sechs Jahre Reichspräsident.

Reichspräsident Ebert befindet sich am heutigen Tage sechs Jahre in seinem schwierigen Amte. Er wurde am 11. Februar in Weimar von der Nationalversammlung mit 277 Stimmen zum ersten Präsidenten der deutschen Republik gewählt. Ebert hatte seit dem Tage seiner Wahl bis zur Gegenwart einen äußerst schwierigen Stand. Seit dem Augenblick, wo er zum Präsidenten gewählt wurde, wurde er bis zum heutigen Tage von der Rechtspresse fast täglich mit einer Flut von Verleumdungen bedacht.

Wer Gelegenheit gehabt hat, mit dem Reichspräsidenten über die politischen Schwierigkeiten der letzten Jahre zu sprechen und seine Meinung zu hören, muß zu Ehren dieses Mannes feststellen, daß er der gleiche geblieben ist, der er immer war: ein Sohn des Arbeiterstandes.

Kleines Feuilleton.

Die nachexpressionistische Situation.

Paul Fechter, den der Kunstverein zu einem Vortrag gewonnen hatte über dieses Thema, das eine Diagnose der gegenwärtigen Kunst bedeutet, hat 1914 das merkwürdige Buch über „Expressionismus“ geschrieben. Man dürfte also gespannt sein, wie er sich dem Thema gegenüber verhält, nachdem wir es erlebt haben, daß begeisterte Gerüche des neuen Stils, wie Wilhelm Hauje und Wilhelm Worringer, von ihm abgerückt sind. Fechter möchte es sich nicht so bequem — er jubelte vielmehr von den letzten zwanzig Jahren das Wesentliche der Entwicklung abzulesen, um daraus Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen. Es handelt sich dabei weniger um eine Kompromißleistung, als um ein Verdienst.

Sie sind unübersehbar an einem Wendepunkt angelangt. Wenn man von Überwindung des Expressionismus spricht, so kann man damit höchstens seine Einmündung in einen neuen Naturalismus meinen. Das ist Otto Dix heute wohl eher ein George Grosz gelehrt, geschieht unübersehbar in dem Bestreben, den Zusammenhang zwischen der Kunst und dem Kampfwert möglichst zu verringern. Eine Parallele dazu kann man in der jüngeren Dadaismus wahrnehmen: Kurt Schwitters und Knack Bronnen. Also Künstler zum Impressionismus? Keineswegs: der neue Naturalismus ist vom alten gründlich verschieden. Es fehlt ihm jene wissenschaftliche Objektivität, die man bei Hauptmann und Hebbelmann feststellen konnte. Es geht ja um die Kunst in dem neuen Verständnis zur Wirklichkeit, eine Sehensweise, die ganz unbürgerlich aussieht.

Das alte hegelische Geiz, daß aus Satz und Gegenatz (These und Antithese) ein Tertium resurgit, die Synthese, ist nicht mehr wieder einmal zu erfüllen. Der Gegenstand der Malerei: ein Architekt, der Säulengruppen, eine Szene aus dem Alltagsleben, erinnert durchaus an das eines Hilde oder Wang. Das neue Expressionismus dagegen paßt der Kunst, die Wirklichkeit gefühllos so zu überlagern, wie eine bestimmte angedeutete Abstraktion. Elemente der „Kunst“ bringen in das bisher ungelöste Gebiet der „Kunst“ ein und vermischen sich mit ihr. Der Vorgang erklärt sich aber weiteres aus der politischen Spannung, ja Geisteskrise unserer Zeit. Aber er hat auch innere Gründe: es ist die Reaktion des Verstandes gegen die Überwindung an Gefühl, den man eben noch dem Publikum gegenüber hatte. Der Künstler wagt sich an Publikum, an sich selbst, an der Kunst. Eine allgemeine Sammelmarke ist nicht an diesem neuen Dadaismus. Ein Künstler wie Otto Dix, der unübersehbar von der Kunst getrieben ist, ist nicht gegen jede menschliche Leistung zu gehen. Seine Verwirrung ist nicht. Er überwindet den Naturalismus, diesen höhnischen Naturalismus, so weit, daß er Stanniol, Streichholzstücken, Photographieauschnitte, Briefmarken in die Gemalte und in die Illusion sich wendende Leinwand einfügt.

Werkstoff der Kunst begegnet sich die Richtung, die vom entgegengesetzten Punkte herkommt, die abstrakte, mit dieser alleruntersteht. Die Kubisten hatten die Gegenstände der Wirklichkeit bis zu mathematischen Symbolen verflüchtigt. Vorstellungen aus der Mechanik, aus der modernen Industrie kamen hinzu, und der Konstruktivismus war fertig. Der künstlerische Schöpfungsakt hatte sich in die Tätigkeit des Ingenieurs verwandelt, nur mit dem Unterschied, daß diese Konstruktionen, wie wir sie namentlich bei den Russen finden, keinen praktischen Zweck erfüllen. Es war auch keine Malerei mehr, sondern Basteln mit Holz, Pappe, Draht, nur eben auf einer Hintergrundfläche. Und hier überdachte sich die Idee der abstraktion, von aller Wirklichkeit und Raumnähe möglichst weit entfernten, sogar anglich existieren, Kunst: indem man zu greifbaren Materialien keine Zuflucht nahm, landete man dort, wo man abgehoben war, beim Naturalismus, bei der Auflösung aller Illusion. In dem „Abstraktion“ war es ergangen wie dem Wandrer in der finstern Nacht, der, wenn er sich weit entfernt glaubt, dort wieder anlangt, wo er angetreten ist.

Man hat schon alles Erprobte die Frage aufgeworfen, ob in der modernen Kunst nicht Elemente der Geisteskrankheit liegen. Ein bekannter Psychiater hat Zeichnungen von Fernningen gesammelt und über diese Arbeiten ein Buch geschrieben. Aber Weisheit liegt nicht darin. Wir kennen nur die Gemäldenbilder unserer Tage: höchstwahrscheinlich haben in der Renaissancezeit die Juren im Renaissancestil, im 18. Jahrhundert im Barock gemalt. Gesellschaften künftlicherer Art sind nur ein Grad der Hemmungen, nicht aber in der Art von denen verschieden, die geistig normale Menschen hervorbringen. In diesem Ergebnis ist übrigens auch die Psychoanalyse gelangt.

Wie man — sollen wir es mit den Schwarzgelehrten halten und aus der Krise der modernen Kunst auf den „Untergang des Abendlandes“ schließen? Fechter sieht keinen Grund zu solchem Pessimismus. Er zeigt ein spätes Werk, eine Landschaft, von Louis Corinthe, die an Abstraktion auch heute noch nichts eingebüßt hat. Deswegen nicht, weil das, was wir mit „Witalität“ bezeichnen, der Ausbruch erlebten Lebens, einer Naturkraft gewissermaßen, die von Geisteskräften, von Grundfragen und Programmen nicht berührt zu sein braucht, so übergehend aus diesem Falle zu uns spricht. In Berlin hat Max Bedeman über Ludwig Reichner recht gewiß auch etwas davon. In dem Dünge nach Monumentalität, bei der Redner hinter allen Redungen und Programmen steht, steht er eine Würdigung für eine neue Weiterentwicklung, für eine Neugeburt der Kunst. Im frühen Mittelalter hat sie ja auch einmal abgefaßt, eine Spannung zur Wirklichkeit, angetrieben.

Vielleicht hätte der unbürgerliche, der kämpferische Charakter der neuen Kunst noch etwas härter unterstrichen werden dürfen. Fechter findet ihn zwar nur bei uns und leugnet ihn für Frankreich und Italien ab, wo auch der neue Naturalismus nicht aufgelaucht ist. Es ist wohl möglich, daß in den wirtschaftlich weniger geschwächten und politisch nicht so stark unterworfenen Nachbarländern, auch den neutralen, dieser kriegerische Charakter des jüngsten Expressionismus nicht so stark zutage tritt: immerhin dürfte das Bündnis, das er mit dem Faschismus in Italien geschlossen hat, nicht ganz echt sein. Mussolini spielt sich aus diplomatischen Gründen als Fortschrittler und deswegen auch als Beschützer der modernen Kunst auf — man braucht ihn diese Rolle aber ebenföwenig zu glauben wie seine Anschuldsbestimmungen an der Ermordung Maccotis. Und schließlich ist das Bürgerium international und wird anderswo wohl ebenföwenig lebend auf die allerdings oft rückwärtslos prognostizierende Haltung der Künstler reagieren wie bei uns — wie speziell auch hier in Weimburg, wo man einen liebschürfenden und aufschlußreichen, allein schon in seinem kraft geschlossenen Aufbau meisterhaften Vortrag, sobald er mit ungewöhnlichen Sichtbildern illustriert wurde, mit verständnislosem Lachen begleitete.

Wir sind durchaus einer Meinung mit Fechter, wenn er als Voraussetzung für eine wirkliche Monumentalkunst die Bildung einer wirklichen Volksgemeinschaft als Kunstgemeinde ansieht. Was es zu wirken ist, werden wir freilich noch mancherlei Experimente künstlerischer Art über uns ergehen lassen müssen.

Zusammenschluß Münchner Theater. Zwischen den Direktoren Gustav Bach vom Münchner Volkstheater und Herbert v. Helheim vom Münchner Schauspielhaus ist eine Interessengemeinschaft geschlossen worden, die den gemeinsamen Betrieb beider Bühnen unter einheitlicher Leitung zum Zwecke hat. Die beiden Direktoren übernehmen nach dem Ausscheiden von Frau Hermine Körner am 1. März die Leitung des Münchner Schauspielhauses, das hinsichtlich seines Spielplans im Sinne seiner Begründer geführt werden soll. Die neue Direktion übernimmt sämtliche Mitglieder- und Autorenverträge für die laufende Spielzeit.

Todesfall. Im Alter von 84 Jahren starb einer der bedeutendsten deutschen Chemiker, Wirklicher Geheimer Rat Professor Dr. Karl Engler, Professor der Chemie und Direktor des chemisch-technischen Laboratoriums an der Polytechnischen Hochschule in Karlsruhe. Das Englersche Laboratorium in Karlsruhe wurde eins der bedeutendsten Institute für die Erforschung der ganzen Welt. Von 1887 bis 1890 war Professor Engler Mitglied des Reichstags als Vertreter des Wahlkreises Karlsruhe; er gehörte dem linken Flügel der Nationalen Partei an.

Diese Festigkeit in dem Charakter des Reichspräsidenten bildet die eigentliche Ursache jenes Verleumdungsfelzuges, der seit vielen Jahren gegen ihn getrieben wird. Er soll jetzt mit aller Gründlichkeit als Staatsmann und als politische Persönlichkeit erledigt werden, weil die Rechte weiß, daß Friedrich Ebert bei der kommenden Wahl des Reichspräsidenten sehr ernste Konkurrenz bilden wird. —

Gegen den Landesverrat-Anflug.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags fehle am Dienstag die Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums fort. Abg. Landsberg (Soz.) forderte die Beseitigung der in der Zeit der zwei erlassenen neuen Strafprozeßordnung und die Wiederherstellung der Verurteilung in den Fällen, in denen sie durch die neue Strafprozeßordnung beseitigt ist, sowie die Beseitigung der willkürlichen Einschränkung der Beweishebung in einzelrichterlichen und schöffengerichtlichen Sachen, ferner eine Reform der Bestimmungen über die vorläufige Festnahme und Verhaftung. Sodann wandte er sich gegen die neuere Praxis des Reichsgerichts in Landesverratsprozessen die geradezu eine Entwertung des Landesverratsbegriffes bedeute, da Angaben über Waffenvorräte rechtsgerichteter Organisationen in der Regel als Landesverrat abgeurteilt werden — auch ein Rechtsgutachten des Reichswehrministeriums vertritt den gleichen Standpunkt —, während doch derjenige, der die Waffendepots anlegt, der wahre Schuldige sei. Deshalb hätte seine Kraktion beantragt, dem Landesverratsparagrafen (§ 92) einen Zusatz hinzuzufügen, nach dem Landesverrat nicht begehe, wer über gezwungene Zustände wahrheitsgemäße Mitteilungen mache.

Abg. Rahl (D. Vp.) bemerkte zu den Ausführungen des Richterleiters über die Vermehrung der Kosten für den Staatsgerichtshof, der Staatsgerichtshof hätte schon beseitigt sein können wenn er nicht immer wieder durch die kommunizistischen Hochverratsprozesse neuen Arbeitsstoff erhielte. Kritische Urteilungen zu dem Magdeburger Prozeß seien kein Eingriff in die Rechtspflege; weit eher könne man davon bei den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen in der Barmat-Sache sprechen.

Dr. Höfle verhaftet.

Nach Pressmeldungen ist Reichspostminister a. D. Dr. Höfle am Dienstag nachmittag, nachdem er zu einer Vernehmung bei Oberstaatsanwalt Dr. Linde bestellt worden war, im Gerichtsgebäude festgenommen worden. Es verlautet, daß Oberstaatsanwalt Linde, der den Komplex Antiskler-Barmat-Höfle-Depositen- und Handelsbank mit einem Stabe von Staatsanwälten bearbeitet, noch am Dienstag mittag im Justizministerium eine längere Konferenz hatte, deren Ergebnis wohl war, daß man glaubte, zur Vermeidung der Verdunklungsgefahr Dr. Höfle vorläufig festnehmen zu sollen. Zu dieser Maßnahme haben einerseits wohl die Angaben Julius Barmats in den letzten Tagen beigetragen, der Dr. Höfle belastet hat, andererseits waren auch sonst Nachrichten über gewisse Privatgeschäfte Dr. Höfles, über Hauskäufe in Berlin bekanntgeworden, die der Staatsanwaltschaft sehr verdächtig erschienen. Schließlich aber dürfte auch die Tatsache zu dem Vorgehen der Anklagebehörde wesentlich beigetragen haben, daß in Sachen der Depositen- und Handelsbank A.-G. Dr. Höfle nicht unwesentlich belastet erscheint, weil er bereits im Sommer vorigen Jahres von einem Aufsichtsratsmitglied der Depositen- und Handelsbank A.-G. darüber ins Bild gesetzt wurde, daß in der Bank sehr vieles faul sei und daß die Post unbedingt durchgreifen müsse. Trotz dieser Warnung habe Dr. Höfle es unterlassen, gegen die Bank vorzugehen. Weiterhin ist auch die Tatsache auffällig, daß in einigen Kontokauszügen der Depositen- und Handelsbank Dr. Höfle mit Summen erscheint, die der näheren Aufklärung bedürfen. Die Gerichtsbehörde hat, dem Antrage des Staatsanwalts folgend, gegen den früheren Reichspostminister noch im Laufe des Dienstagabend den offiziellen Haftbefehl erlassen.

Die deutsche „Tscheka“ vor dem Staatsgerichtshof.

Unter sehr großem Andrang und unter besondern polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen begann am Dienstag vormittag vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig der Prozeß gegen 16 Kommunisten, Mitglieder der sogenannten deutschen Tscheka. Sie haben sich wegen Mordes, Anstiftung, Beihilfe usw. zu verantworten. Den Vorsitz führt Senatspräsident Niedner, die Anklage vertreten Reichsanwalt Neumann und Landgerichtsrat Jügel. Elf Verteidiger sind aufgestellt. Zwischen zwei Angeklagten sitzt immer ein Polizeibeamter. Sofort nach Eröffnung der Sitzung beantragte Reichsanwalt Löwenthal die Ladung mehrerer Zeugen, darunter den Reichstagsabgeordneten Neubauer und den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs selbst. Dieser lehnte die Zeugenhaft ab. Auch der Reichsanwalt beantragte die Ablehnung. Dementprechend entschied auch der Gerichtshof. Daraufhin verjagte die Verteidigung den Gerichtshof und verließ den Vorsitzenden als befangen abzulehnen. Sie beantragte insbesondere, daß dem Staatsgerichtshof keine Kommunisten angehören, sondern nur Personen aus dem Lager der anderen Parteien. Auch dieser Antrag wurde vom Gericht abgelehnt. Darauf trat eine längere Pause ein. Um 5 Uhr nachmittags wurde die Verhandlung fortgesetzt. Die Verteidigung beantragte, den Angeklagten Neumann zur Beobachtung in einer Irrenanstalt unterzubringen. Der Reichsanwalt widerspricht, und das Gericht verkündet nach kurzer Beratung die Ablehnung des Antrags. Darauf begann die eigentliche Verhandlung mit der Vernehmung des Angeklagten Neumann. Dieser erklärt zunächst, daß er nicht geisteskrank sei, sondern nur an einer Nervenkrankheit leide. Neumann ist viele Jahre Mitglied der Sozialdemokratie gewesen und 1919 zur Kommunistischen Partei übergetreten. Seit 1923 ist er als Parteisekretär angestellt. Er berichtet ausführlich über die Organisationsverhältnisse bei der Kommunistischen Partei. Seinen Mitangeklagten Gores will er nur unter dem Namen „Der Kleine“ kennen. Dieser habe ihn eingehend über alle politischen Fragen beraten. Die Kommunisten seien im September 1923 in die sächsische Regierung eingetreten, um den bewaffneten Aufstand in Sachsen zu mobilisieren. Der Angeklagte schildert ferner die Gruppierung der kommunistischen Kampftruppen, ihre Bewaffnung sowie ihre militärischen Übungen. Ihm selbst sei die Abteilung „Verletzung“ übertragen worden. Er habe die Aufgabe gehabt, die Schutzpolizei zu zerlegen. Die Vernehmung Neumanns wird am Mittwoch fortgesetzt.

Radiodienst der Volkstimme.

Der Inhalt der Entwaffnungsnote. z London, 11. Februar. Die von den Alliierten geplante Note über die Militärkontrolle in Deutschland soll nach der englischen Presse sehr umfangreich werden und im wesentlichen aus sieben Spezialberichten bestehen. In dem ersten Bericht wird angeblich ein vollständiges Verzeichnis mit Einzelheiten über alle Verfehlungen Deutschlands bei den Friedensvertragsverhandlungen festgelegt. Zweitens soll der Nachweis geführt werden, daß die deutsche Regierung ein regelrechtes System der Ausbildung von Reservisten über die Friedensstärke hinaus, die im Friedensvertrag vorgesehen ist, eingeführt hat. Auch der Ausbildung der Studenten wird ein längeres Kapitel gewidmet. Der Abschnitt vier gibt Aufklärung darüber, daß die Schutzpolizei als eine unter der deutschen Regierungszentrale stehende Kampfeinheit ausgebildet wird, statt über das ganze Land verteilt zu sein und den lokalen Behörden zu unterstehen. Fünftens wird die Beschuldigung begründet, daß die deutsche Regierung Maschinen zur Herstellung von Waffen vorgehen halte.

Auch die „große und kleine Waffenfabrikation bei Krupp“ wird in einem längeren Kapitel behandelt. Die Note dürfte mit der Erklärung abschließen, daß die ganze Organisation der deutschen Armee darauf aufgebaut ist, gegebenenfalls zu einer großen Streitmacht erweitert zu werden, demzufolge sei die moralische und sachliche Entwaffnung Deutschlands noch nicht durchgeführt. —

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

Paris, 11. Februar. Am Dienstag nachmittag fand eine Unterredung zwischen dem Chef der deutschen Handelsvertragsdelegation dem Staatssekretär Trendelenburg, und dem französischen Handelsminister statt. Wie auf französischer Seite erklärt wird, sollen im Laufe dieser Unterredung gewisse Fortschritte erzielt worden sein, so daß man hofft, eine endgültige Verständigung auf der Plenarsitzung der beiden Delegationen, die Ende dieser Woche stattfinden soll, erzielen zu können. —

Schießende Polizei in Prag.

Prag, 11. Februar. Die kommunistische Partei hatte für Dienstagabend auf dem Altstädter Ring eine Versammlung einberufen, die eine Demonstration gegen die Leuzung sein sollte. Es nahmen mehrere tausend Personen daran teil. In der Stadt, besonders auf dem Wenzelsplatz, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Der offizielle Polizeibericht sagt, daß gegen die Polizei Riefsteine geworfen worden seien, und daß darauf die Polizei eine Revolverkugel gegen die Menge abgab. Fünf Personen wurden verletzt.

Der französische Parteitag.

Der französische Parteitag hat am Montag nachmittag die Debatte über die Politik der Fraktion fortgesetzt. Für die Minderheit kam Zyromski zu Worte, der, ohne die Politik der Unterfraktion grundsätzlich zu bekämpfen, der Fraktion den Vorwurf machte, daß sie zu weit gegangen sei. Nach Bonafon, der ebenfalls Kritik an der Fraktionsfraktion übte, griff Leon Blum in die Debatte ein. Die Fraktion sei lediglich ein Exekutivorgan der Partei. Man habe ihr den doppelten Vorwurf gemacht, einmal, daß sie zu weit nach rechts gegangen sei, dann aber, daß die positiven Ergebnisse ihrer Politik unzulänglich gewesen seien. Das Paradoxe der Politik der Unterfraktion sei, daß sie um so weniger nach außen in Erscheinung trete, je wirksamer sie sei. Die Partei müsse unambiguös sagen, was sie nun eigentlich wolle. Sie habe die Direktiven für die Taktik der Fraktion zu bestimmen, diese aber müsse endlich wissen, was man vor ihr verlange. Die Partei müsse aussprechen, ob sie die Fortsetzung der bisherigen Politik wolle oder nicht. In der gleichen Richtung bewegten sich die Ausführungen Faure's. Auch Comperre-Morel legte einen gleichen Appell ab. Der Beifall, den diese drei Redner fanden, zeigte, daß der Parteitag sich der Tragweite seiner Entscheidung in vollem Umfang bewußt ist und daß die Gegner der Fraktionspolitik in verschwindender Minderheit sind.

Am Dienstag vormittag führte der Parteitag die Aussprache über die allgemeine Politik und die Haltung der Kammerfraktion zu Ende. Sie wurde eingeleitet durch Jean Longuet, der die Fraktion davor warnte, den Klassenkampfcharakter der Partei zu verwischen. Wenn er Herrrot auch nicht mit Poincaré vergleichen wolle, so biete doch die Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung und insbesondere die letzte Rede des Ministerpräsidenten Anlaß zu scharfer Kritik. Nebenfalls sei es unangeheuerlich, den Rhein als notwendige Grenze für die Erhaltung des Friedens zu bezeichnen. Dumoulin, der ehemalige Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, bezeichnete die letzte Rede Gerriots als im höchsten Grade gefährlich, da sie die Folge der Politik von London und Genf endgültig zu kompromittieren drohe. Er sprach sich aber für die uneingeschränkte Fortsetzung der bisherigen Politik aus. Braque, der Führer der Opposition, sagte dann noch einmal alle gegen die Haltung der Fraktion geltend gemachten Argumente zusammen, gab aber zugleich in glänzenden Ausführungen der Auffassung Ausdruck, daß von einer Preisgabe der Unterfraktionspolitik unter keinen Umständen die Rede sein könne. Die Fraktion müsse sich nur hüten, in allzu große Abhängigkeit von den anderen Parteien der Mehrheit zu geraten.

Am Dienstag nachmittag begann die Aussprache über die bei den bevorstehenden Gemeindevahlen einzuführende Taktik. Die Beteiligung an der Aussprache darüber war sehr gering, da man sich über die Grundprinzipien von vornherein einig war. Es ist bereits in einer Resolution des Parteitags von St.-Quentin vor 11 Jahren festgelegt und bestimmt worden, daß die Bezirke berechtigt sind, Wahlbündnisse zu schließen, falls sie es für erforderlich halten. Die Entscheidung über die Taktik bei den Kommunalwahlen wurde der Resolutionskommission überwiesen. —

Notizen.

Aufhebung des Ausnahmegerichtes in Bayern. Der bayerische Ministerrat hat sich am Dienstag mit der endgültigen Aufhebung des Ausnahmegerichtes in Bayern befaßt und beschlossen, dem Landtag in den nächsten Tagen eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Auf Grund dieser Vorlage, die der Landtag zu verabschieden hat, werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben die Verbote der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei und der Kommunistischen Partei, ferner die Verbote des Bundes Oberland und der Reichsregulierung. Gleichzeitig werden auch die Verordnungen außer Kraft gesetzt, die bei der Errichtung des Generalstaatskommissariats erlassen worden sind. —

Die Luftmacht.

St. Gallen, 11. Februar. Auf Antrag der badischen Regierung bewilligte der Landtag 200 000 Mark zur Förderung des Luftverkehrs. Nur eine Stimme war gegen den Antrag: die des Kommunisten Gähler, der die Erklärung unter allgemeiner Beifall abgab, daß der Antrag nichts anderes als die versteckte Absicht sei, gegen eine zukünftige Bauern- und Arbeiterregierung vorgehen zu können! — Schredliche Folge des milden Winters. Eisenbeutel fehlen, um sie den Kommunisten auf das Haupt legen zu können. —

sonen wurden verletzt, darunter drei schwer. Auch einige Polizeibeamte sollen durch Schüsse verletzt worden sein. Erst durch Gendarmenvermehrung man gegen 9 Uhr abends den Platz zu säubern. In der ganzen Stadt, besonders in den Arbeitervierteln, ist die Stimmung der Bevölkerung sehr gereizt.

Was ein Arbeiterleben gilt.

Stettin, 11. Februar. Im November 1923, als die Inflation ihren letzten Stand erreicht hatte und der arbeitenden Bevölkerung der Verdienst in wenigen Stunden in den Händen gerann, spielte sich im benachbarten Altam ein blutiger Zwischenfall ab. Der Kaufmann Jostes hatte sein Kolonialwarengeschäft um 3 Uhr nachmittags wegen zu starken Andrangs geschlossen, während noch Kunden im Laden bedient wurden. Vor dem Geschäft sammelten sich eine Menge Käufer an, die über den frühen Ladenschluß empört waren. Sie vermurten in dem Verhalten des Jostes die damals von vielen Geschäftskleuten gekübte Taktik, wegen der fortschreitenden Geldentwertung soweit wie möglich ihre Ware zurückzuhalten.

Die Menge pochte an die Tür. Darauf kam der Kaufmann heraus und schob mit dem Revolver vier- bis fünfmal auf die vor ihm stehende Menge, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Ein gänzlich unbeteiligter 16jähriger Arbeiterbursche erhielt einen schweren Lungen- und Bauchschuß und starb.

Vom Schwurgericht wurde der Revolverheld am 10. Mai vorigen Jahres wegen vollendeten Totschlags und schwerer Körperverletzung zu insgesamt sieben Monaten Gefängnis und wegen unerlaubten Waffentragens zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte machte geltend, daß er von einem der Angeschuligten beschimpft und mit einer Latte über den Kopf geschlagen worden sei. Das Reichsgericht hob das zu milde Urteil gegen Jostes auf und verwies die Sache nochmals an das Stettiner Schwurgericht, vor dem am Dienstag die neue Verhandlung stattfand. Das Urteil lautete diesmal auf glatte Freisprechung, da der Angeklagte das „zulässige Maß der Notwehr“ nicht überschritten habe.

Die pommerische Justiz, die wegen ihrer dramatischen Strafen gegen Arbeiter bekannt ist, bringt durch dieses Urteil treffend zum Ausdruck, was ihr das Leben eines jungen Arbeiters wert ist. —

Schiedspruch im Mansfelder Bergbau.

Salze, 11. Februar. Das Schiedsgericht für den mitteldeutschen Bergbau fällt am Dienstag einen Schiedspruch dahingehend, daß für den Bezirk des Mansfelder Kupfer- und Blei-Bergbaues eine Lohnerschließung von 20 Prozent einzutreten habe. Der Durchschnittserlöshöhe von 3,10 Mark auf 3,75 Mark und die Löhne der übrigen Kategorien in ähnlichem Verhältnis. Die Annahmefrist läuft am 17. Februar ab. —

Luther in München.

Am Dienstag traf Reichskanzler Luther in München ein. In der ehemaligen Kammer der Reichsräte fand eine Begrüßung des Kanzlers durch den Landtag statt, wobei Luther erklärte, daß er auf das Eigenleben der Länder als einen geschichtlich gewordenen Grundpfeiler des Deutschen Reiches großes Gewicht lege. Es müßte aber auch die Tatsache beachtet werden, daß auch die Volksvertretungen der Länder ihre Gesamtheit so einstellen, daß Volk und Vaterland in seiner Gesamtheit, also dem ganzen Deutschen Reich, gebietet sei. Anschließend fand ein Empfang durch die Münchener und auswärtige Presse und hierauf eine Begrüßung durch die städtischen Behörden im Rathaus statt. Dann folgte der Reichskanzler einer Einladung des Ministerpräsidenten zu einer privaten Aussprache. Im Mittelpunkt dieser Unterredung stand die Denkschrift der bayerischen Regierung zur Revision der Weimarer Verfassung. Der Kanzler machte dabei eine Reihe von Vorschlägen, wie den Wünschen Bayerns ohne besondere Verfassungsänderung Rechnung getragen werden könnte. Am Mittwoch reist der Kanzler nach Stuttgart. —

Arbeitsgemeinschaft deutsch-französischer Lehrer. Kürzlich trat in Mainz im Gutenberg-Saal eine Anzahl deutscher und französischer Lehrer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die Studien und Vorschläge zum Ausbau der republikanischen und pazifistischen Schule machen will. Es wurde ein Vorstand gewählt und ein Arbeitsplan für die nächste Zeit entworfen. Die anwesenden Lehrer und Oberlehrer waren darin einig, daß, um möglichst praktische Arbeit zu leisten, zuerst die Reform des Geschichtsunterrichts Gegenstand des Studiums sein soll. Die Tagesordnung der nächsten Versammlung lautet: Kritik an den antiken Richtlinien für den Geschichtsunterricht in beiden Ländern. —

Spaltung der Nationalsozialisten. In Werden fand eine Tagung der Kreisverbände Baden, Badenbayern, Rhein und des Gau's Hannover. Süd der Nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands statt. Die Tagung hatte insofern einen bedeutsamen Charakter, als sich die Vertreter der gesamten Großverbände von der Nationalsozialistischen Bewegung, der sie bislang angetreten hatten, loslösen und eine Kundgebung zu einem Teilergebnis für Adolf Hitler abgaben. —

Deutschnational-kommunistische Reaktion. Die Potsdamer Stadterweiterungs-Versammlung des 9. u. 10. Februar der Demokraten und Sozialdemokraten den 10. u. 11. des demokratischen Stadtschulrats Dhm.s. Die Parteiparteier drückten sich von der Abstimmung, indem sie vorher den Saal verließen. Die Kommunisten entzweiten sich der Stimme und sorgten so für den Sieg der deutschnationalen Antragsteller. —

Kommunistenverhaftungen in Mecklenburg. Wie von anderer Seite bestätigt wird, sind in den letzten Tagen in Mecklenburg-Strelitz auf Anordnung des Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bei zahlreichen Funktionen und Mitgliedern der kommunistischen Partei Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Es wurde eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen; doch wurden die Verhafteten vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt, da an Hand des vorliegenden Materials eine Klärung so weit erfolgt ist, daß eine Verdunklungsgefahr nicht mehr besteht. —

Depeschen.

Der Papst macht eine Weltreise?

Ab. London, 11. Februar. „Morning Post“ zufolge verlautet in römisch-katholischen Kreisen Englands, es bestünde große Wahrscheinlichkeit, daß zwischen dem Papst und Mussolini in Kürze ein Konordat zustande gekommen werde. In diesem Falle beabsichtige der Papst, eine Weltreise zu unternehmen. (Die Päpste betrachten sich als von der italienischen Staatsmacht gefangen und verlassen aus Strafe nie das Gebiet, das zum Vatikan gehört. Wenn diese Meinung stimmt, dann bedeutet das Friedensschluß zwischen Italien und dem Papst. Red.) —

Die Luftmacht.

Ab. London, 11. Februar. Zur englischen Schuldennote schreibt „Daily Express“ in einem Leitartikel, durch die Politik Churchill's habe sich der finanzielle Druck auf Frankreich vermindert. Er werde sich zum Teil dahin auswirken, daß die Franzosen mehr Geld für den Ausbau der Luftstreitmacht in die Verfügung hätten. Die französische Luftstreitmacht sei schon seit dem Waffenstillstand die mächtigste der Welt. 1928 werde Großbritannien etwa 600 Flugzeuge besitzen, Frankreich dagegen über 2000. Diese Zahl würde sich bis auf 3000 erhöhen. —

